

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 pbbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Horst Peter MdB zum Ausgang der hessischen Kommunalwahlen: Koalition hat die Mehrheit verloren.

Seite 1

Egon Bahr MdB zu den Veränderungen im Osten und deren Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen: Reformen und Sicherheit. (Teil I)

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB zu zweierlei Maß im Umweltschutz: Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen.

Seite 6

44. Jahrgang / 50

13. März 1989

Koalition hat in Hessen die Mehrheit verloren

Zum Ausgang der hessischen Kommunalwahlen

Von Horst Peter MdB

Nach den Berlinern haben nun auch die Hessen der CDU eine deutliche Absage erteilt. Nach Dieppgen wurde auch Brück weggewählt.

Die Hessen haben somit das Landtagswahlergebnis von 1987 korrigiert. Die Zufallsmehrheit von 1987 hat sich aufgelöst, CDU/FDP regieren seit dem 12. März 1989 gegen die Mehrheit der Hessischen Wählerinnen und Wähler. Wallmann, noch 1986/1987 der Star der Union, ist persönlich und politisch verbraucht.

Diese Entwicklung läßt erkennen, wie es 1987 in Hessen hätte weitergehen können, wenn sich die Partner der rot-grünen Koalition nicht gegenseitig austaktiert hätten.

Der 12. März 1989 schafft eine gute Basis für die Ablösung der CDU/FDP-Landesregierung in zwei Jahren. Diese Regierung wird dann zu einer vorübergehenden Erscheinung der Hessischen Geschichte werden.

Für die Bundesrepublik läßt sich nach Berlin und Hessen sagen: Offensichtlich hat sich die Regierungsformel von CDU/CSU, stetiges Wirtschaftswachstum auf niedrigem Niveau mit anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit unter Ausschluß breiter Bevölkerungsschichten von Wachstum und Wohlstand, verbraucht.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mitl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by Kretzschmar Rotations
Druckerei



Nicht eingelöste Erwartungshorizonte, die durch diese Politik geförderte ökonomische und soziale Desintegration lassen sich nicht mehr durch nationale Rhetorik und nationale Mobilisierung ausgleichen: Statt den Zusammenhalt zu stärken, stärkt dies die Erosion des konservativen Lagers. Aktuelle Nutznießer in Hessen wie in Berlin, die Republikaner und die NPD.

Die schon immer am rechten Rand der Bundes-CDU stehende Hessische CDU läuft dabei Gefahr, wenn sie nicht die Kraft zur Umkehr findet, sich selbst unter 30 Prozent zu marginalisieren, aus dem Verfassungskonsens zu verabschieden und nur noch in Republikanern und NPD in Quantität und Politik gleiche Konkurrenten zu finden.

Die von Wallmann beklagte „Auszehrung der Mitte“ ist die Aufgabe liberaler, demokratischer, christlicher und sozialer Elemente durch die CDU. Straußens Epigonen erweisen sich als Dilettanten. Der Versuch, rechts kein Vakuum entstehen zu lassen, führt bei ihnen zum Entstehen eines Vakuums auf der anderen Seite.

Die vermeintlichen Lehren der CDU aus dem Berliner Wahlergebnis, Fremdenhetze, die in Frankfurt gegenüber Daniel Cohn-Bendit in Antisemitismus umzukippen drohte, die Warnung vor dem rot-grünen Chaos haben das Lager des alten und neuen Faschismus, NPD und Republikaner gestärkt und salonfähig gemacht. Diese rechten Strömungen haben endgültig den Schutzmantel der C-Parteien abgeworfen und sich deutlich organisatorisch verselbständigt.

Bedenklich für die deutsche Demokratie sind dabei auch die Anzeichen zunehmender Distanz der Wählerinnen und Wähler gegenüber der offiziellen Politik: Darauf deuten Wahlenthaltungen, Abgabe ungültiger Stimmen und das Anwachsen freier Wählergruppen hin.

Einen neuen Gehalt bekommt Geißlers Lagertheorie. Die FDP muß aufpassen, sich in einem Lager mit C-Parteien und Rechtsradikalen wiederzufinden. Dort könnte sich eine Entwicklung wie in der Weimarer Republik vollziehen: Zerfall der bürgerlich/demokratischen Parteien bei gleichzeitiger Rechtsentwicklung dieser Parteien und einer Gewichts- und Umverteilung nach Rechts innerhalb des konservativ-nationalen Lagers. Das ist ja bekanntlich auch die gewichtige Ursache für das Ende der Weimarer Republik gewesen.

(-/13.3.1989/rs/ks)

* * *

Reformen und Sicherheit (Teil I)

Zu den Veränderungen im Osten und deren Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen

Von Egon Bahr MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

In den letzten zwölf Monaten haben wir es mit enormen Veränderungen zu tun, übrigens nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Aber wenn wir über die Frage der Menschenrechte gesprochen haben, etwa unter dem Titel der Dialektik von Entspannung, sowohl individueller wie kollektiver Menschenrechte, wie das vor einem Jahr hier geschah, dann müssen wir zugeben, daß damit im wesentlichen die Veränderungen gemeint waren, die wir uns in Osteuropa gewünscht haben und wünschen.

Ich brauche die Grundsatzpositionen der SPD nicht zu wiederholen, die damals von Horst Ehmke und Karsten Voigt formuliert wurden, sondern ich möchte mich auf einige Überlegungen beschränken, die sich jetzt stellen.

Die bedeutenden Veränderungen in Osteuropa kann man unter drei Kriterien sehen:

1. Internationalisierung
2. Eigengesetzlichkeit
3. Unterschiedlichkeit.

Zu 1.:

Unter Internationalisierung verstehe ich die Weiterentwicklung der Schlußakte von Helsinki. Man ist sich in der Definition dessen, was unter Menschenrechten zu verstehen ist, zwischen Ost und West beträchtlich näher gekommen. Man kann noch immer bezweifeln, ob der Gehalt jedes Wortes auf beiden Seiten identisch interpretiert wird.

Wenn die Länder des Warschauer Vertrages dem Menschenrechtsvokabular denselben Inhalt gäben wie wir in Westeuropa und ihn auch anwendeten, würde das nach meiner Auffassung zu Systemänderungen führen. Die unterschiedliche Gewichtung von individuellen und kollektiven Menschenrechten besteht zum Beispiel weiter. West wie Ost sollten aufhören, das gegeneinander aufzurechnen. Immerhin ist man sich in Formulierungen sehr konkreter Art näher gekommen. Daß es eine Konferenz zu diesem Thema mit Moskau geben wird, dokumentiert diese Annäherung - ein spätes Beiproduct des „Wandels durch Annäherung“.

Das Ergebnis der Wiener Folgekonferenz ist allgemein so gelobt worden, daß ihm meine kritischen Anmerkungen nichts schaden. Schon die Schlußakte von Helsinki fand ich zu perfektionistisch, eigentlich - wenn ich an den Zustand des Jahres 1975 denke - unerfüllbar. Sie wurde dann ja auch nicht erfüllt. Das hatte nicht nur für den Westen die willkommene Folge, dem Osten deshalb Vorwürfe machen zu können, es hat auch Enttäuschungen hervorgerufen - auf beiden Seiten. Nun kann man sich sehr wohl vornehmen, die Ziele immer ein wenig weiter zu stecken als sie in der Vergangenheit erreicht worden sind; aber enttäuschte Hoffnungen lähmen, zumal den wenigsten Menschen bewußt war und ist, daß es sich bei diesem Dokument nicht um ein völkerrechtsverbindliches handelt, sondern um eine Zieldefinition von hohem moralischen Anspruch und dem Gewicht, das ihm durch die selbstverpflichtende Unterschrift der Staats- und Regierungschefs verliehen worden ist.

Dieses Gewicht fehlt dem, was jetzt in Wien geschafft worden ist. Das wird aber nicht daran hindern, dem weiterentwickelten Perfektionsimus die gleichen Ansprüche mitzugeben.

Auch jetzt handelt es sich um einen Prozeß, bei dem die Schnelligkeit der einzelnen vorgesehenen Schritte nicht einklagbar ist.

Theoretisch bleibt natürlich noch immer viel zu vereinbaren. Aber mit der Fortsetzung perfektionistischer Formeln könnte die Politik in Atemnot geraten, natürlich nicht bei der Formulierung,

aber bei der Realisierung. Ich finde es deshalb überlegenswert, ob nicht vielleicht ein etwas weniger ehrgeiziges Dokument erarbeitet und in die Form eines verbindlichen Vertrages gebracht werden sollte. Ich könnte mir zum Beispiel die Schlußakte von Helsinki, jedenfalls ihren Korb 3 als eine Konvention vorstellen, die von allen Parlamenten ratifiziert wird, damit verbindliches europäisches Recht wird, das ein eigener Gerichtshof interpretiert. Seinem Spruch hätten sich alle Staaten zu unterwerfen. Das wäre übrigens ein bedeutender Schritt auf dem Weg zu einem Europäischen Haus.

Zu 2.:

Unter Eigengesetzlichkeit verstehe ich im Rückblick, daß die Entwicklung in Osteuropa im wesentlichen aus eigener Kraft erfolgt ist. Natürlich kann man bezweifeln, ob sie ohne die Existenz des Westens so oder so schnell erfolgt wäre, aber zuzugeben ist: Aus dem Westen wurde nichts Fundamentales angestoßen oder aufgebrochen oder infiltrierte in irgendeinem bemerkenswerten oder gar entscheidenden Maß. Wir haben durch unsere an Stabilität orientierter Politik einen Rahmen geschaffen, der Entwicklungen erleichtert hat. Aber wesentlich handelt es sich um ein Eigengewächs, um eigenes Verdienst, um eine bemerkenswerte Kraft und einen bewundernswerten Mut, mit dem Einzelne, aber auch die Gesellschaft, den empfundenen Nachholbedarf individueller Rechte zu erfüllen suchen. Hier ist schon mehr geschehen als Viele verlangt oder sich noch vor einem Jahr vorgestellt haben.

Wir sind Zaunkönige, die faszinierenden Abläufen zusehen, wobei es einige gibt, die glauben, mit ihrer aufgeblasenen Protest-Rhetorik wesentlichen Einfluß ausüben, Warnungen und Anregungen geben zu können.

Die Kräfte, die dort wirksam sind, sind elementarer, als daß sie von hier aus lenkbar wären und zeigen mehr Weisheit, als sie bei uns oft vorhanden ist. Ich rate, auch aus Achtung vor den Menschen drüben, die etwas erkämpfen oder erleiden, zur Zurückhaltung und Bescheidenheit.

Zu 3.:

Viel ausgeprägter als vor einem Jahr ist die Unterschiedlichkeit der Situation in den einzelnen osteuropäischen Ländern. Veränderungen in Rumänien sind für mich kaum erkennbar. Ungarn klagt vor den VN Menschenrechtsverletzungen seines Verbündeten Rumäniens ein, ähnlich wie wir das gegenüber dem Obristenregime in Athen oder in der Türkei getan haben. Das läßt schon eine europäische Hausordnung ahnen. In der CSSR ist die Vorsicht noch immer sehr viel größer als die Erkenntnis, sich dem Zug der Zeit nicht verweigern zu können, sogar ein Schritt zurück ist festzustellen. In Ungarn sehen wir die Entwicklung einer Pluralität, politisch wie wirtschaftlich, die vergessen läßt, dort nach der Verwirklichung der Menschenrechte noch zu fragen. In Polen bewundern wir den gezügelten Mut, eine nationale Verständigung auf dem Boden der tatsächlichen Kräfte noch vor ihrer förmlichen Anerkennung zustandezubringen mit politisch noch nicht überschaubaren Konsequenzen. Der Tanz auf dem dünnen polnischen Eis ist ein Zwang zu einem allen Beteiligten bewußten Wagnis. Aber westliche Ratschläge zur Beachtung der Menschenrechte in Richtung Warschau stehen jedenfalls unter dem Zeichen eine Decrescendo, sind schon Piano geworden.

In der Sowjetunion ist am deutlichsten, wie gering westlicher Einfluß im Vergleich zu den von oben in Gang gesetzten tiefen Veränderungen ist. Was dort zum Thema Rechtssicherheit geschehen ist, verdient Anerkennung ohne jede Herablassung. Gerade weil es solange Rechtssicherheit nicht gegeben hat, ist so beeindruckend, was Einzelne in und außerhalb der Apparate leisten, gegen Widerstände von innen wie von außen. Das Bemühen ist echt, und es kommt dort erkennbar von oben und stößt unten zuweilen auf Unverständnis, Mißtrauen und Ungeduld.

Es tut mir leid: Wie immer ist die DDR ein Sonderfall. Auf manchen Gebieten ist sie weiter, auf anderen liegt sie zurück. Daß sie es schwerer hat als andere Staaten und Völker, gerade weil sie keine nationale Identität hat und ohne Sprachbarrieren dem Einfluß unserer elektronischen Medien ausgesetzt ist, kann kaum bestritten werden. Daß gerade wir in der Bundesrepublik besondere Maßstäbe anlegen, ist verständlich, denn nur dieser andere Staat ist für uns nicht Ausland.

Die besonderen Schwierigkeiten der DDR zu verstehen, heißt nicht Verständnis aufzubringen für ihr Verhalten, hat Freimut Duve kürzlich formuliert. Wir erkennen ebenso wie die Bundesregierung die

großen Fortschritte an, die auf dem Gebiete des Reiseverkehrs erreicht worden sind. Es sind Fortschritte, die der DDR auch Probleme bringen; sie werden als Ventil wohl nicht reichen, um die Nachteile einer Einigelungsmentalität auszugleichen, wie sie im Verbot von sowjetischen Glasnost-Erzählungen zum Ausdruck kommt. Stabilität ist wichtig, aber sie kann gerade dann gefährdet werden, wenn das Konservieren des Überkommenen die vorhandene Fähigkeit überlagert, Stabilität durch Wandel zu erreichen. Ich hoffe, westliche Selbstgerechtigkeit zu vermeiden; wenn die DDR die polnischen Ausreiseregulungen übernehmen würde, so könnte das die Bundesrepublik nicht aushalten.

Wir dürfen Freizügigkeit nicht in der zuversichtlichen Hoffnung fordern, daß sie verweigert wird, und bremsen, wo sie uns zuviel wird. Dieses Problem verdanken wir den von uns erwünschten Änderungen in Osteuropa, und das Jammern darüber ist ziemlich erbärmlich. Daß die DDR in dieser ganzen Entwicklung eine Insel wird, ist weder zu wünschen noch zu erwarten. Es könnte allen helfen, wenn sie durch einen permanenten und offenen und auch öffentlichen Dialog die Auffassung vieler ihrer Bürger stärken würde, daß es aussichtsreich ist und Sinn macht, weniger nach Westen als nach Osten zu blicken und zu bleiben. Auch die DDR ist bunter geworden, genehmigt und begrenzt. Mehr Selbstbewußtsein der Verbreiterung der Farbpalette kann nicht schaden. Das kritische Wort des P E N in der DDR gegen die Verurteilung von Vaclav Havel, wie man hört unterstützt vom stellvertretenden Kultusminister, ist ein gutes Zeichen.

Ich komme zu einem Ergebnis: Jeder dieser Staaten hat zu dem uns interessierenden Thema eine Situation erreicht, die ihn mit seinen Verbündeten kaum noch vergleichbar macht. Insofern haben diese Staaten eine Individualität erreicht, die man vor fünf oder zehn Jahren auf diesem Gebiet nicht finden konnte. Es bedeutet aber auch, daß unsere Haltung gegenüber diesen Staaten individuell sein muß. Die Zeiten der Schwarz-Weiß-Malerei sind vorbei. Es gibt keine Generalregel.

Wenn man noch genauer hinsieht, dann stellt man fest, daß wir zum Teil die Menschenrechtsforderungen schon gar nicht mehr stellen müssen, sondern daß an die Stelle elementarer Grundrechte politische oder wirtschaftliche Wünsche treten. Wo das Recht auf Ausreise nicht mehr verwehrt wird, wo es politische Verfolgung nicht mehr gibt, greift das Recht auf Asyl nicht mehr. Wer hätte das vor ein paar Jahren gedacht?

In der Sowjetunion sind neue Gesetze über Gewissensfreiheit, Pressefreiheit und über die Ausreise in Vorbereitung. Dies teilte der sowjetische Chefdelegierte bei der UN-Menschenrechtskommission mit und erklärte als Ziel, alle Gesetze „internationalen Standards“ anzupassen. „Wir wissen, daß wir die ganzen Möglichkeiten unserer Gesellschaft nur dann erschließen können, wenn wir die Menschenrechte und Freiheiten garantieren.“ Welch eine Situation hätten wir, wenn das Gleiche für die DDR angekündigt würde? Aber ich glaube, noch etwas anderes zu sehen. Juri Afanassjew hat ein faszinierendes Buch herausgegeben, 750 Seiten mit 30 Beiträgen wichtiger Autoren, Titel: „Es gibt keine Alternative zu Perestrojka, Glasnost, Demokratie, Sozialismus.“ Sacharow ist dort ebenso vertreten wie Ginsburg und Frau Saslawskaja als Soziologin. Der Herausgeber macht darauf aufmerksam, daß widersprüchliche Meinungen abgedruckt werden und hofft, daß dieses Buch in einigen Jahren nur noch Geschichtswissenschaftler interessieren wird, weil die darin beschriebenen Probleme teils gelöst sind, teils eine Neuformulierung erfordern. Als ich die Einleitung zum zweiten Mal gelesen hatte, fiel mir auf, daß die Vokabel „Menschenrechte“ gar nicht vorkommt. Sie fehlt auch nicht. Sie ist gar nicht nötig. Die konkreten Probleme werden behandelt in der Kultur, in der Wissenschaft, für das Geschichtsbild, für Parteidemokratie und -bürokratie, gegen ökologisches Abenteuerertum und so fort.

Nicht der Begriff der Menschenrechte, wie wir ihn aus Resolutionen kennen, muß beschworen werden, sondern die Befreiung des Menschen und der Gesellschaft wird debattiert, findet statt, wird weitergetrieben. Man hat sich auf einen Strom gewagt, in dem es Untiefen und Strudel gibt. Der Ruf: Legt ab im Interesse der Menschenrechte, ist Donquichotterie und verhält ebenso ungehört wie die Mahnung: Fahrt nicht so schnell. Die in diesem Boot sitzen, müssen selbst und allein steuern.

Ich glaube, das Tempo der Entwicklung ist hoch genug; ich hielte es für falsch und sogar unverantwortbar, von außen auf Beschleunigung zu drängen.

(-/13.3.1989/rs/ks)

* * *

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer nächsten Ausgabe).

Naturschutz auf Abwegen

Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Zwischen Sport und Umweltschutz kommt es an verschiedenen Stellen zu Zielkonflikten, die sehr sorgfältig und genau betrachtet werden müssen, denn beide Bereiche - Sport und Umweltschutz - sind von wachsendem politischen und gesellschaftlichen Gewicht. Es gibt zweifellos Fälle - wie das Beispiel der Alpen zeigt - wo ein ohne Rücksicht auf die Natur ausgebauter Massensportbetrieb gefährliche ökologische Folgen hat.

Es gibt aber auch Fälle, wo seitens eines falsch interpretierten Umweltschutzes mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Das ist für beide Seiten schädlich: Es geht zu Lasten des Sportes und damit zu Lasten erholung- und natursuchender Menschen und es diskreditiert Natur und Umweltschutz ob der Lächerlichkeit der Maßnahmen.

Was ich meine: Kanuten, Ruderer und Segler treiben Sport in freier Natur und ohne umweltbelastenden Energieverbrauch. Vor allem der Bewegungsspielraum der Kanuten wird aber immer mehr eingeengt. Die Bundesländer, allen voran Niedersachsen und Baden-Württemberg haben mittlerweile circa 150 Fluß- und Seeabschnitte für Paddler gesperrt.

Die Bundesregierung plant eine Verordnung zum Schutz des Wattenmeeres, die dort Paddeln, Rudern und Segeln weitgehend verbietet. Ölbohren, Schießübungen, Dünsäureverklappung, Tiefflüge und Fischerei sollen im Wattenmeer aber möglich bleiben.

Die betroffenen Sportverbände haben - zu Recht - sehr sauer reagiert. Verständnis für solche Regelungen ist nicht zu finden und kann auch nicht erwartet werden.

Dabei ist das ganze irgendwo typisch für Töpferische Umweltpolitik: Gegenüber den wirklichen Umweltbelastern kann er sich nicht durchsetzen. Dafür hält er sich an den Gruppen, die schlecht organisiert sind und sich kaum wehren können, schadlos, auch wenn man sie kaum als Umweltsünder bezeichnen kann.

Bildlich gesprochen: Eine Chemiefabrik wird nicht dadurch umweltfreundlicher, daß man die Regenpfützen am Werkszaun zum geschützten Biotop erklärt. Man muß sich wohl mit der Fabrik auseinandersetzen.

Das Schlimme an dieser Politik ist: Sie macht den Naturschutz lächerlich und verringert seine Akzeptanz. Auch deshalb sollte die Wattenmeerverordnung gründlichst überarbeitet werden.

(-/13.3.1989/rs/ks)

* * *